

Danziger Zeitung.

Nr 10855.

Die „Danziger Zeitung“ erscheint täglich 2 Mal mit Ausnahmen von Sonntag Abend und Montag früh. — Bestellungen werden in der Expedition Kettnerhagenstraße No. 4 und bei allen hiesigen Postämtern des In- und Auslandes angenommen. — Preis pro Quartal 4.50 M., durch die Post bezogen 5 M. — Inserate kosten für die Zeilen ober oder unter 20 A. — Die „Danziger Zeitung“ vermittelt Inserationsaufträge an alle auswärtigen Zeitungen zu Originalpreisen.

1878.

Telegramme der Danziger Zeitung.

Berlin, 14. März. Das Herrenhaus nahm die Kreisverfassung für Lauenburg an und genehmigte die §§ 1—19 des Ausführungsgesetzes zum Gerichtsverfassungsgesetz nach den Commissionsanträgen.

Das Abgeordnetenhaus erledigte die zweite Lesung des Fortschritts-Gesetzes und nahm die einzelnen Paragraphen unter Ablehnung fast sämtlicher Amendements wesentlich nach den Commissionsanträgen an.

N. Der Ruf nach „Interessenpolitik.“

Der Versuch, die Staatsgesetzgebung ausschließlich unter den Einfluß der sozialen Interessen zu stellen, so oft er schon gescheitert ist, lehrt immer von Neuem wieder. Wer die Macht des Eigennutzes in Rechnung zieht, kann sich darüber nicht wundern. Mehr muß es auffallen, wenn diejenigen, welche sich als verkörperte Fürsorge für das öffentliche Wohl geben und vor Allem der Regierung eine feste Stütze sein zu wollen behaupten, dies Streben aus aller Kraft unterstützen. Unter den in Deutschland obwaltenden politischen Verhältnissen liegt freilich auch hierfür die Erklärung nahe genug. Als in der Vorbereitungszeit vor den letzten preussischen und deutschen Wahlen die wunderlichsten „Interessenparteien“ in der politischen Arena erschienen, da war es die „freiwillig-gouvernementale“, „Nordb. Allgem. Zeitung“, die ihnen mit wohlwollendem Beifall zunichte. Natürlich, diesem Blatte und seinen Freunden war ja jede Parteibildung recht, welche ein Bundesgenosse in dem Kampfe gegen die vor allen andern gehäßte national-liberale Partei zu werden versprach. Aus demselben Grunde sehen wir heute die „N. A. Z.“ das „Interessen-Panier“ schwingen. Unmöglich wäre es ja nicht, daß der gegenwärtige Reichstag ein vorzeitiges Ende erzielte; der vorsorgliche Mann beginnt also bei Zeiten für die Neuwahlen zu rüsten. Bemerkenswerth ist aber, daß die „N. A. Z.“, während sie früher nur ganz allgemein in die Kategorie der „Interessenpolitiker“ eintrat, jetzt ganz offen heraus erklärt: nur Interessenparteien, nicht aber politische Parteien haben in der Volksvertretung eine Berechtigung. Die Interessenpolitik — hoffen wir — wird ihr Recht behaupten und sich nach Vertretern umsehen — nicht je nach der Stellung derselben im politischen Parteileben, sondern je nach ihrer Stellung zu den concreten Fragen und den Forderungen der realen Interessen.

Das ist heute das wörtliche Glaubensbekenntnis der „N. A. Z.“ Aus dem Zusammenhange wie aus dem Sprachgebrauch geht hervor, daß unter den „realen Interessen“ die wirtschaftlichen Interessen verstanden sind. Nun vergegenwärtige man sich die Verschiedenheit, ja den vielfachen Gegensatz der wirtschaftlichen Interessen in der Bevölkerung und stelle sich danach das gräßliche Durcheinander von Parteien und Coterien vor, welches die künftigen Wahlbewegungen kenn-

zeichnen würde. Man denke, wie in einem aus „Interessenpolitikern“ zusammengesetzten Parlamente alle politischen Entscheidungen ganz dem Zufalle preisgegeben, wie die vielgesuchte „feste Majorität“ geradezu unmöglich gemacht sein würde.

Der Widerspruch ist zu klar, als daß sich noch ein Wort über ihn verlohnte. Wohl aber ist es der Mühe werth, noch folgende Diatribe der „N. A. Z.“ wiederzugeben: „Es ist ja sehr bezeichnend, daß Männer, die sich eines fixirten reichlichen Einkommens zu erfreuen haben — und aus solchen bestehen ja zumeist unsere gegenwärtigen parlamentarischen Körperschaften — sich von den Sorgen und Nöthen einer anders bedingten Existenz keine klare Rechenschaft zu geben wissen, und ebenso begreiflich, daß sie sich gern von dem Unbegreiflichen abwenden und in dem abstracteren Theil ihres parlamentarischen Berufs, in den Kämpfen um politische Ideale, Befriedigung suchen. Aber die Meinung, daß man auf diesem Wege allein das allgemeine Wohl befördere und beechtigt sei, auf die „Interessenpolitik“ als eine unbedingte mit Geringfügigkeit herabzusehen, das ist doch nur ein neuer Beweis für die Nichtigkeit unserer neulichen Behauptung: daß unsere parlamentarischen Parteien nicht aus dem Volke, herausgewachsen sind, sondern ihre Existenz nur dadurch gewonnen haben, daß sie ihr Fraktionsinteresse dem Volke als Forderung des „allgemeinen Wohls“ aufzudrängen wußten.“

Wenn unter den Männern mit einem fixirten reichlichen Einkommen solche verstanden sind, die von einem festen Einkommen leben, ohne von dem Schwanken der wirtschaftlichen Verhältnisse beeinflußt zu werden, so ist die Behauptung, daß unsere gegenwärtigen parlamentarischen Körperschaften „zumeist“ aus derartigen Elementen beständen, eine Unwahrscheinlichkeit. Der Reichstag zählt, soweit sich aus dem Mitgliederverzeichnis konstatiren läßt, 125 Gutsherrn, 40 Industrielle und Kaufleute, 45 Rechtsanwälte, Schriftsteller und Aerzte, zusammen also 210 Personen, d. h. mehr als die Hälfte der Mitgliederzahl, die alle mehr oder weniger von den „Sorgen und Nöthen“ des erwerbenden Lebens berührt werden. Und von dem anderen Theile befinden sich zum mindesten Alle, welche ein Renteneinkommen genießen, nicht in der Lage, daß ihnen die Befassung der wirtschaftlichen Verhältnisse gleichgültig sein könnte. Die in dem angeführten Satze der „N. A. Z.“ enthaltene Insinuation entbehrt also aller tatsächlichen Berechtigung. Sind aber unter den „Männern, die sich eines fixirten reichlichen Einkommens zu erfreuen haben“, ganz allgemein diejenigen verstanden, welche günstig genug gestellt sind, um nicht um das tägliche Brod sorgen zu müssen, so mag man nur gleich die socialistische Unterscheidung zwischen Besitzenden und Nichtbesitzenden acceptiren! In der That könnte die obige Stelle eben so gut im „Vorwärts“ stehen. Damit dünkt uns die Bemerklichkeit der von der „N. A. Z.“ beliebten Operationsweise besser, als durch alle Argumente charakterisirt.

fortzumachen. Wie wir hören, beabsichtigt Frau Gehring — nachdem sie die diesjährige Concert-tournee mit dem Impresario J. Hofmann absolviert und auf ihrer Rundreise im März auch Danzig, Königsberg und Riga berührt haben wird, ihre Studien bei Bülow und List fortzusetzen. Auch der Rahmen, in dem Frau Gehring jetzt auftritt, das österreichische Damenquartett wird ihnen J. B. einen recht interessanten Genuß bieten. Die vier Sängerinnen, die ein vollendet künstlerisches Ensemble bilden, können sich mit dem früheren schwedischen Quartett messen. Ihre Vorträge sind insofern noch interessanter, als ihr Repertoire Volkslieder aller Nationen im Originaltext und außerdem auch recht geschmackvolle Transcriptionen von Mendelssohn, Schumann und Schubert — also Lieder von den Heroen unserer Gesangsliteratur — aufweist.

Wenn ich nun unseres zweiten Landmannes, des Tenoristen Lederer erwähne, der seit Kurzem in den Verband unserer Oper definitiv eingetreten ist und dieses Engagement der befalligen Aufnahme seines Masaniello, Lohengrin, Manrico, Elcagar zu danken hat, so berührt es damit zugleich unsere Theaterfrage, die in letzter Zeit sich seelischlangart durch die Spalten aller deutschen Tagesblätter gewälzt hat, aber ebenso wie dieses Ungethüm zu den ungeheuerlichsten Entstellungen Anlaß bot. Es scheint, der Leipziger könne ohne solchen „Theaterputz“ nicht leben, dieselben sind hier fast bei jedem Directionswechsel vorgekommen. Will man wahrheitsgemäß in kurzen Worten die Ursache des diesmaligen demonstrativen Verhaltens einer kleinen Coterie angeblicher Theaterfreunde schildern, so sind dieselben lediglich auf die wegen der Directionsübernahme in Concurrenz geworfener Persönlichkeiten zurückzuführen. Diese nutzten die bei jedem Regiewechsel zu Anfang unvermeidlichen Experimente zu übertriebenen Klagen und Angriffen aus und da die Person des Chefs zu gut accreditirt da stand, mußte sein Abjunct, der Operndirector A. Neumann, den Sündenbock für alle Unzutuglichkeiten abgeben. Nebenbei waren auch die intimen Beziehungen, in denen ein Theil der entlassenen früheren Personalmitglieder zu dem Publikum standen, Ursache der Mißstimmung. Diese mußte sich aber bald legen,

Deutschland.

© Berlin, 13. März. Nachdem die betheiligten Ausschüsse über den Gesetzentwurf in Bezug auf die Verfälschung der Lebensmittel Bericht erstattet haben, dürfte der Entwurf bereits auf die Tagesordnung der morgigen Plenarsitzung des Bundesrathes gesetzt werden. Auch der Gesetzentwurf über den Eisenbahnbau in Lothringen steht auf der Tagesordnung für diese Sitzung, sowie der Entwurf wegen Beglaubigung öffentlicher Urkunden und eine Vorlage, betreffend die Ausführung und den Erfolg der Ausgrabungen in Olympia. Letzterer Vorlage liegt eine umfassende Denkschrift bei, welche von der Oberleitung des Unternehmens verfaßt ist und über den Verlauf und die Ergebnisse der Ausgrabungsarbeiten Auskunft giebt. — Das kaiserliche kassirische Amt hat soeben in sehr umfangreicher Weise eine Statistik der deutschen Seeschiffahrt des Jahres 1876 veröffentlicht. Man findet darin unter Anderem den Seeverkehr in den deutschen Häfen und die Seereisen deutscher Schiffe während des Jahres 1876 dargestellt. — Nach der amtlich veröffentlichten Uebersicht unserer Rübenzuckerfabriken, der von denselben verfeuerten Rübenmenge, sowie der Ein- und Ausfuhr von Zucker im Monat Januar 1878 waren im Betriebe 275 Fabriken, von denen 213 auf Preußen, 33 auf Anhalt fielen. Die von diesen Fabriken verfeuerten Rübenmenge belief sich auf 13 059 516 Ctr., wovon 10 544 271 auf Preußen kamen. Die Ausfuhr nach dem Zollauslande betrug 14 420 Ctr. Raffinade, 162 442 Ctr. Rohzucker und 18 026 Ctr. Melasse, während die Einfuhr aus dem Zollauslande 9142 Ctr. Raffinade, 8003 Ctr. Rohzucker und 4239 Ctr. Melasse ausmachte. Die Provinz Sachsen consumirte allein 7 136 896 Ctr. Rüben, die Provinz Schlesien 2 086 253 Ctr., Anhalt 1 651 634 Ctr. Der Ertrag der Steuer in der Zeit vom 1. Sept. 1876 bis dahin 1877 belief sich nach Abzug der Ausfuhrvergütungen auf 48 764 955 M.

© Berlin, 13. März. Die dem Reichstage zugegangenen Entwürfe eines Gerichtskosten-gesetzes, einer Gebührenordnung für Gerichts-vollzieher, und einer Gebührenordnung für Anwälte und Sachverständige liegen jetzt in einem Bande gedruckt vor, der mit den beigegebenen Motiven nicht weniger als 220 Quartseiten umfaßt. Die wichtigste der Vorlagen ist die erstgenannte. Sie enthält 95 Paragraphen. Aus dem allgemeinen Theile der Motive heben wir folgende Stelle heraus: „Die Gebührengesetze haben zunächst einen finanziellen Charakter. Sie legen denjenigen eine Abgabe auf, welche die für die Rechtspflege getroffenen staatlichen Einrichtungen benutzen, von ihnen Vortheil ziehen oder durch ihre Handlungen oder Unterlassungen mittelbar dazu Anlaß geben, daß die Organe der Rechtspflege in Function treten. Sie sollen andererseits durch die einzelnen Personen zulebenden Gebühren diesen eine entsprechende Belohnung ihrer Arbeit sichern. Nebenbei darf von den Gebührengesetzen die Wirkung erwartet werden, daß sie von einer übermäßigen, die Kosten der Rechtspflege ins Ungemessene steig-

gernden Benutzung der Justizeinrichtungen abhalten, insbesondere einen Damm gegen unbedingte Prozeßsucht bilden. Eine besondere Bedeutung erlangen endlich die Gebühren für die Civilprozeßordnung dadurch, daß nach den Vorschriften derselben die Verpflichtung zur Tragung der Prozeßkosten als Mittel und Garantie gegen den Mißbrauch der freien Formen der Verhandlung eines Rechtsstreits aufgestellt ist. Die unterlassene oder ungenügende Vorbereitung der mündlichen Verhandlung im Anwaltsprozeß hat Rechtsschaden in der Sache selbst nicht zur Folge (§ 120), verpflichtet aber die Partei, welche dadurch die Beendigung der Verhandlung verzögert, zur Tragung der verursachten Mehrkosten (§ 90). Ebenso ist das nachträgliche Vorbringen von Angriffs- und Verteidigungsmitteln, Beweismitteln und Beweis-einreden, mit einer Modification rüchlich der Verteidigungsmittel des Beklagten (§ 252), der nachträglichen Benennung von Zeugen (§ 329) und der nachträglichen Anbringung von Editions-anträgen gegen dritte Personen (§ 398), bis zum Schluß derjenigen mündlichen Verhandlung, auf welche das Urtheil ergeht, gestattet, und als Folge einer verzögerten Erledigung des Rechtsstreits der obliegenden Partei die Verurteilung zu Prozeßkosten in Aussicht gestellt (§§ 251, 256). Es kommt also darauf an, die angeordneten Rechts-nachteile wirksam zu machen. Hiernach ist die Gebührenordnung für das Prozeßverfahren von so großer innerer Bedeutung, daß zur Erhaltung einer wirklichen Einheit des Verfahrens auf dem Boden des gemeinsamen Prozeßgesetzes auch eine einheitliche Regelung der Grundsätze der Gebührenerhebung erforderlich erscheint.“ — Die Gewerbe-ordnungscommission hat heute die erste Lesung des Gesetzesentwurfes über die Gewerbebetriebe beendigt. Im § 21 wurde die Bestimmung, daß jedes Gesetz auf Streitigkeiten der Vorstände der unter öffentlicher Verwaltung stehenden Betriebsanlagen mit den in den letzteren beschäftigten Arbeitern keine Anwendung finden solle, gestrichen. Im Uebrigen nahm man die Regierungsvorlage einfach an. Morgen wird die Commission die zweite Lesung vornehmen und alsdann in die Berathung der Vorlage betreffend die Abänderung der Gewerbe-ordnungscommission über die Gewerbebetriebe eintritt.

* Der Wiener „Pol. Corr.“ schreibt man von hier: Ein besonderes Relief erhielt der Aufenthalt des Kronprinzen Rudolf in Berlin durch das ostentabile Benehmen des Reichskanzlers Fürsten Bismarck, der sonst bekanntermaßen Besuche zu meiden pflegt und auch von allen aus Anlaß der Vermählungsfeierlichkeiten anwesenden fürstlichen Personen nur insofern Notiz genommen hatte, als er sich durch einen seiner Söhne aufschreiben ließ. Beim Kronprinzen erschien Fürst Bismarck persönlich, um sich aufzuschreiben; er suchte dann um eine Audienz an, die ihm gewährt wurde und die ¼ Stunden dauerte. Die Unterhaltung mußte sodann mit Rücksicht auf die

u. A. den Wotan in den zu Anfang April als Gegenstück gegen die gefährliche Concurrenz der Krenz'schen Circusvorstellungen in Aussicht genommenen Aufführungen von „Hiegolds“ und „Walfüre“ singen, an denen unser Opernpersonal tüchtig probt.

Sonst flutet unser geistiges Leben in dieser Saison ungemein hoch. Fünf und mehr Concerte in einer Woche sind für Leipzig nichts Neues. Dazu Vorstellungen in den Theatern und Vorlesungen in allen Kreisen und Gesellschaften. Wir haben an auswärtigen Capacitäten Dühring, Prof. Hädel, Birchow, gehört, ganz besonderes Interesse fanden aber die von den hiesigen Universitäts-Professoren zum Besten des Siegesdenkmalfonds veranstalteten Vorträge, unter denen sich wieder die von Prof. Geh. Rath Tiersch (medizinische Flossen zum Gamlet), Binding, Bauer, Windscheid und Prof. Overbeck (über die olympischen Spiele) besonders auszeichneten. Der Lektüre wies besonders in seinem Vortrage auf die Arbeiten des Herrn Fr. Bernid über Olympia hin.

Auch in der Anregung für „bildende Kunst“ machen wir jetzt, seitdem das Museum und der Kunstverein in Dr. Kürke einen neuen Director gefunden hat, bedeutende Fortschritte. Der bessere Theil der letzten Berliner Akademie-Ausstellung war längere Zeit ausgestellt, und gegenwärtig feiert eine sehr interessante und reichhaltige Richter-Ausstellung unsere Kunstfreunde. — Für Sportsmen giebt es zum Schluß des Carnevals in allen Privatmanegen hübsch arrangirte Reiterfeste, während unsere Gourmands sich an den delikaten Schinken und Rendenkliden auf der vom Thüringer Fleischerverbande kürzlich veranstalteten Kochkunst- und Fleischwaaren-Ausstellung (die gegen 8000 Besucher gehabt hat) satt sehen konnten. — Im Theater gelangte gestern eine Novität von H. v. Gottschall „Der Vermittler“ zur Aufführung, die, wenn gleich von sehr geschickter Anlage, ihres stellenweise posenhaften Dialogs wegen zu manchen Ausstellungen Anlaß bot. — Heute wurde das Wintersemester geschlossen, und der Fortgang von 3000 Studierenden wird besonders von den Herren Gastwirthen schmerzlich bemerkt werden.

E. S.

angekündigte Stunde der Hofafel abgebrochen werden. Fürst Bismarck hat um die Erlaubnis, seinen Vortrag in einer zweiten Audienz fortsetzen zu dürfen. Der Kronprinz zog es aber vor, den Kanzler in dessen Wohnung aufzusuchen und verweilte diesmal über fünfviertel Stunden. Auch Feldmarschall Moltke hatte auf sein Ansuchen eine Audienz beim Kronprinzen.

* Die Vertretung der deutschen bildenden Kunst auf der „Pariser Weltausstellung ist — nach der „R. Z.“ — zunächst durch die Bemühungen des neuen französischen Boten in Berlin, Grafen St. Vallier, zu Stande gekommen. Der deutsche Kaiser und der Reichskanzler haben sich persönlich lebhaft interessiert, daß dem Wunsche der französischen Regierung gemäß noch eine theilweise Besichtigung der Ausstellung zu Stande käme. Freilich war es zu spät, um die Industrie nachträglich zu Einwendungen aufzufordern; das hätte einer weit längeren Vorbereitung bedurft; aber es schien nicht zu spät, wenigstens die deutsche Kunst der neuesten Zeit durch ihre besten Erzeugnisse vertreten zu lassen und Frankreich dadurch einen Beweis unseres guten Willens zu liefern. Am 21. Februar berief der Reichskanzler den Director der Berliner Kunstakademie, Anton v. Werner, zu sich und beriet sich mit ihm über die Frage, wie es sich einrichten lasse, daß die deutsche Kunst in Paris vertreten werde, ohne daß bei der gebotenen Haft der Unternehmung die Interessen der deutschen Künstler darunter litten. Herr v. Werner erklärte, daß eine Vertretung der deutschen Kunst sich noch würde ermöglichen lassen, wenn man sich gewisse Beschränkungen auferlege und von manchen sonst gewöhnlichen Formen absehe. Fürst Bismarck zeigte sich befriedigt darüber, daß wir auf die Weise noch im Stande sein werden, Frankreich unsere freundschaftliche Gesinnung zu bekunden, und am 7. März erhielt der Director v. Werner eingehende Weisungen und die Vollmacht, im Namen des Reichskanzlers alles anzuordnen, was zur eiligen Besichtigung erforderlich sein mag. Es wurde beschlossen, daß allein die Malerei und die Bildhauerkunst vertreten sein sollen. Zu einer allgemeinen Aufforderung ist aber aus manchen Gründen nicht mehr Zeit. In dem uns in Paris gewährten Raume von 35 Meter Länge und 25 Meter Breite (in günstiger Lage an dem Eingang, welcher dem Trocadero entgegengesetzt ist) haben nur ungefähr 200 Gemälde Platz. Die königlichen Sammlungen werden ihre besten Werke, ungefähr 40, hergeben. Die Künstler und die Besitzer von Kunstgegenständen werden einzeln aufgefordert werden, ihre Werke herzugeben. An der Bewerbung um Medaillen und Auszeichnungen sollen die ausgestellten Kunstwerke übrigens nicht theilnehmen. Alle Kosten, die insgesamt auf ungefähr 60 000 Mk. abgeschätzt sind, wird die Regierung aus dem kaiserlichen Dispositionsfonds hergeben. Director v. Werner umgibt sich wegen der Auswahl u. s. w. in Berlin, Düsseldorf und München mit einem Kreise bedeutender Künstler. In Berlin hat er folgende Herren ausgewählt: Professor C. Steffes, Professor Lubwig Kraus, Professor C. Becker (Maler), Professor Albert Wolff (Bildhauer), W. Genz, Paul Meyerheim (Maler), Hermann Goltz (Bildhauer). Die genannten Herren haben sich bereit erklärt, die erforderlichen Arbeiten zu übernehmen. Mit Düsseldorf und München schweben noch die Verhandlungen wegen Bildung ähnlicher Ausschüsse. Es ist aber festgestellt worden, daß in Paris keine Absonderung nach Kunstschulen stattfinden soll, sondern Deutschland durchaus einheitlich vertreten wird.

Stettin, 13. März. Die hiesige Matkellbank hat vorgestern ihre Auflösung durch Liquidation beschlossen.

Köln, 12. März. Die „Köln. Ztg.“ schreibt: Dem von der Stadtverordneten-Versammlung in die Schuldeputation wiedergewählten Assessor a. D. Jung hat die k. Regierung diesmal allein die Befähigung verweigert. Mit einer solchen Waffe sollte man nur in Fällen äußerster Noth und jedenfalls nur aus sachlich und principiell wichtigen Gründen vorgehen. Nun wird gewiß Niemand der Kölner Schuldeputation vorwerfen, daß sie es an Eifer für die Entwicklung unseres Schulwesens irgend habe fehlen lassen. Es würde sich leicht statistisch nachweisen lassen, daß ihr darin unter den großen Communen Preussens ein hervorragender Platz gebührt. Wenn das Ministerium Falk überall ein solches Entgegenkommen fände, seine Aufgabe würde eine unendlich leichtere. Ein Conflict mit der Regierung entstand allerdings im vorigen Jahre über die weitere Durchführung der Simultan-schule. Aber auch dies war kein principieller. Die Stadt Köln unterlag mit einem Verlangen, welches der Stadt Crefeld vom Minister gleich nachher zugestanden wurde. Außerdem herrschte in der Deputation über solche Hauptfragen stets Einmütigkeit. Der Grund, warum die Befähigung nur Herrn Jung verweigert wurde, muß also außerhalb seiner Thätigkeit in der Schuldeputation gesucht werden. Wozu da länger Versteckens spielen? Man nimmt allgemein an, er liege in einem in der „Köln. Ztg.“ am 26. Juli v. J. erschienenen und G. J. gezeichneten Artikel, in welchem gegen das Ministerium und die Regierung wegen des abweisenden Bescheides in der Simultanschulfrage polemisiert wurde. Angenommen, der Artikel sei von Herrn Jung, so ist ein Stadtverordneter doch kein Beamter und genießt das volle Recht, das Verfahren der Regierung öffentlich zu kritisieren. Die Regierung hätte also auf eine gesetzlich ganz zulässige Polemik mit einem Act der discretionären Polizeigewalt geantwortet. Dies können wir uns aber kaum als möglich vorstellen. Vermuthlich wird die Angelegenheit noch an höhere Instanzen gelangen.

Schweiz.

Bern, 11. März. Laut Bericht aus Zürich wird die Commission des dortigen Cantonsraths demselben in Uebereinstimmung mit dem Regierungsrath die Genehmigung von 800 000 Fr. Nachsubvention an das Gotthardbahn-Unternehmen beantragen. Ebenso sprach sich die Commission für die vom Bunde zu leistende Subventionsquote von 3—3½ Millionen Francs aus. Selbstverständlich wurden an diese Subvention verschiedene Bedingungen geknüpft: so beschloß die Commission, daß die für Deutschland und Italien geltende Maximalrate auch als Maximalansatz für den Verkehr zwischen Italien und der Schweiz

angenommen werden soll. Man bezweifelt nicht, daß der Züricher Cantonsrath den Anträgen seiner Commission nicht seine Zustimmung versagen werde. Von den oben erwähnten 800 000 Francs Nachsubvention soll die Stadt Zürich 100 000 Fr. tragen. — Die gestrige Abstimmung über die Verlegung der künftigen Hauptstadt des Cantons Tessin nach Bellinzona ergab 6500 Nein und 13 000 Ja; es stehen noch die Ergebnisse mehrerer Gemeinden aus, die aber an dem definitiven Resultat nichts ändern.

Frankreich.

Paris, 12. März. Die Deputirtenkammer mußte gestern wegen Unwohlseins des Baudenministers die Freycinet die Eisenbahnvorlage auf Donnerstag vertagen und beschäftigte sich mit der Reform der Posttagen. Der Art. 1 der Vorlage lautet: „Die Tage für die freigegebenen Briefe wird auf 15 C. für 15 Gr. oder Bruchtheile von 15 Gr. festgesetzt. Die Tage für die nicht freigegebenen Briefe wird auf 30 C. für 15 Gr. oder Bruchtheile von 15 Gr. festgesetzt.“ Tallandier stellte zu diesem Artikel ein Amendement, welches das Freimachen der Briefe zur Zwangspflicht macht, und das vom Berichterstatter Wilson und dem Finanzminister Leon Say bekämpft wurde. Letzterer bemerkte, daß in diesen Dingen eine internationale Uebereinstimmung nothwendig sei. Nachdem Tallandier seinen Antrag zurückgezogen, brachte Sanivet (Bonapartist) einen Zusatzartikel ein, dem zufolge die Briefe, welche die einzelnen Bureaus empfangen und vertheilen, so wie die Briefe von Paris für Paris nur 10 C. für 15 Gr. kosten sollen. Nach einigen Bemerkungen des Berichterstatters, der betonte, daß der Verlust des Staatschatzes, der in Folge des neuen Gesetzes schon 27 Millionen betrage, noch um 3 Millionen vermehrt würde, wurde der Antrag Sanivet's verworfen. Art. 2, welcher die Tage für die Postkarten auf 10 C. für ganz Frankreich festsetzt, wurde ohne Discussion angenommen. Bei Art. 3 schlägt der Unterstaatssecretär der Finanzen eine Veränderung vor, wonach das Porto für die Zeitungen bis zu einem Gewicht von 25 Gr. 2 C. betragen soll. Ueber 25 Gr. wird das Porto um 1 C. für 15 Gr. oder Bruchtheile von 15 Gr. vermehrt. Der Artikel wurde mit dieser Veränderung angenommen. Art. 4, welcher das Porto für die Blätter, die in den Grenzen eines Departements circuliren, auf die Hälfte herabsetzt, wurde ebenfalls angenommen, so wie ein Amendement, welches die Beilblätter, welche Kammerdebatten und offizielle Schriftstücke bringen, von der Posttage unter der Bedingung befreit, daß sie keine Annoncen enthalten. Dieses Amendement wird Art. 5. Nach Annahme der Art. 6, 7 und 8, die Nebenbestimmungen enthalten, bringt Marcou (äußerste Linke) ein Amendement ein, welches die Einschreibungsgebühr von 50 auf 30 C. erniedrigt. Der Finanzminister erwidert, daß die französische Regierung auf dem internationalen Post-Congress, der am 1. Mai eröffnet wird, die Verminderung der Einschreibungsgebühren beantragen werde, daß man aber bis dahin die Sache auf sich beruhen lassen möge. Nach Annahme des betreffenden Art. 9 will Larocque-Zoubert wissen, ob man geneigt sei, die Briefmarken, die man mit der Post versende, zu declariren. Der Präsident erwidert, daß man keine Werthpapiere in einen gewöhnlichen Brief einschließen könne; was die Briefmarken anbelange, so sei dieses eine besondere Frage; es sei ein Unterschied darin, ob man eine Briefmarke einlege oder eine bedeutende Summe in Briefmarken als Werthpapiere sende; in letzterem Falle handle man gegen das Gesetz. — In ihrer heutigen Sitzung verwarf die Deputirtenkammer die Wahl Lorbats in Castelnau. Der Finanzminister lenkte die Aufmerksamkeit der Kammer auf die Nothwendigkeit, das Einnahmehudget vor Ende des jetzigen Monats zu bewilligen; die Beratung müsse am Dienstag oder Donnerstag der nächsten Woche beginnen. — Der Sohn des Generals Leslo, des französischen Botschafters in Petersburg, ist vor der Ankunft seines Vaters in Paris gestorben. — Nach dem „Temps“ wird der französische Botschafter am Vatican, Baron Baude, ersetzt, weil er einer derjenigen war, die dem Papste anriethen, den Segen in der jüdischen Capelle zu ertheilen, und weil er sich der Ernennung des Cardinals Franchi ungünstig zeigte. — Der Unterrichtsminister hat dem Vater Hyacinthe die Erlaubnis ertheilt, während der Weltausstellung Vorträge zu halten. — Heute fand ein Pistolenduell zwischen den Deputirten Andrieux und Paul von Cassagnac statt.

Italien.

Rom, 9. März. Die Schweizergarde des Vatican, jedem Rompilger unvergänglich durch ihre gelb- und rothgestreiften Jaden und Pumpsen, ihre Hellebarden und Flamberge, ist auf den Aussterbe-Stat gefest und in die Lücke tritt der moderne Gensdarm. Von diesem besitzt ja der Vatican noch von der papstlichen Zeit her eigene Exemplare mit eigenthümlicher, von der italienischen Species abweichender Ausrüstung. Im Rathe des neuen Staatssecretärs und Präfecten der apostolischen Paläste, auf den bekanntlich die gesammten finanziellen Functionen der apostolischen Kammer und die Verwaltung des Peterspennings übergegangen sind, war diese neue Sparmaßregel vielleicht schon beschlossen, als die Meuterei der Betreffenden den Anlaß zu ihrer Durchführung gab. Die Schweizergarden waren unter sämtlichen Kategorien der Angestellten des Vatican ungehörlich zurückgesetzt. Man hatte ihnen weder die bei früheren Conclaven üblichen Gehaltszulagen im Betrage von einer dreifachen Monatsgage gegeben, was den übrigen Beamten bewilligt worden war, noch sich zu einer Erhöhung des täglichen Soldes verstanden, der für den Gemeinen anderthalb Lire (1 Mk. 20 Pf.) täglich beträgt, womit er seine Lebensbedürfnisse und seine bürgerliche Kleinigkeit sich zu beschaffen hatte, wollte er anders nicht als Hanswurst durch den Borgo gehen. Der Jorn der empörten Schweizer muß sehr groß gewesen sein, da bei der zweiten Meuterei vorgestern der Oberstleutnant v. Sonnenberg vor den geizigen Waffen seiner Untergebenen hinter Schloß und Riegel gerettet werden mußte. Se. Heiligkeit hätte hier Gelegenheit gehabt, seine Souveränität durch einige kanbachtliche Erklärungen zu bewahren. Indessen ist die Sache in so weit gütlich abgemacht worden, als vierzig der Schweizerjünglinge sich dazu verstanden haben, mit der Löhnung eines Monats und dem nöthigen

Heisgelbe ihre heimatlichen Thäler wieder aufzusuchen. — Wie man der „R. Z.“ schreibt ist der Erzbischof von Wien, Cardinal Ruffner, es gewesen, der bei dem Papste für den Frieden mit Deutschland plaidirt hat.

England.

London, 12. März. „Standard“ und „Daily News“ sind einmütig im Preise des Regierungsvorschlages, auf dem Congresse die Zulassung Griechenlands zu vertreten. Die „Times“ wiederholt ihr gestriges Lob. Alle drei erblicken in der Sache den Ausgangspunkt einer neuen britischen Politik und in der Begünstigung der Griechen das beste Gegengewicht gegen ein Ueberhandnehmen des russischen Einflusses auf der Balkanhalbinsel. Der „Globe“ und die „Ball-Mall-Gazette“ sind bedeutend weniger als die Morgenblätter über die von der Tradition abweichende griechenfreundliche Politik des Cabinets erfreut. Der „Globe“ sagt, die Rechtfertigung liege darin, daß kein anderer Weg offen stehe und daß die gewählte Politik sich möglicherweise erfolgreich zeigen könne. Die „Ball-Mall-Gazette“ unterscheidet zwischen, ob Griechenland durch Thessalien und einen Theil Macedoniens vergrößert werden oder ob es sich vom Mittelmeer bis zum Schwarzen Meer erstreckendes griechisches Reich mit der Hauptstadt Stambul geschaffen werden solle. Erstes werde keine Schranke gegen Rußland bilden, diesem nur willkommen sein und größere Veränderungen in der nahen Zukunft bedingen; die zweite Einrichtung könne eine Schranke bilden. Ein solches Unternehmen sei aber für England verhängnisvoll, besonders für den Fall, daß England damit sich selbst überlassen werde; Rußland würde sicherlich den äußersten Widerstand leisten. — Es wird wieder viel von einer bald bevorstehenden Parlaments-Auflösung geredet. In politischen Kreisen ist bekannt, daß Beaconsfield schon länger an eine solche Maßnahme denkt, und aus dem Thun und Treiben der Regierung ist ersichtlich, daß sie diese Waffe für vorkommende Fälle in voller Bereitschaft hält. Schon seit einigen Monaten haben sich Parlamentsmitglieder im Stillen auf einen Wahlkampf vorbereitet, und in letzter Zeit sind von den conservativen Einseitigern etwas bedeutungsvoll Winke an Parteimitglieder ergangen, welche in ihren Bezirken ersten Widerstand zu gewärtigen haben, damit sie die nöthigen Vorbereitungen zu treffen vermögen. Allerdings muß es ganz von den Umständen abhängen, ob ein Appell an das Land als wünschenswerth erscheinen wird. Eine derartige Zuspitzung der Ereignisse gilt insofern nicht für unmöglich, und die Regierung will für alle Fälle vorbereitet sein, damit die politische Mobilisirung einen schnelleren Verlauf nehme als es die militärische gethan hat. Die Ausstüftung auf baldige Neuwahlen haben Gladstone veranlaßt, in einem offenen Schreiben seinen Wählern heute anzukündigen, daß er nicht wieder in Greenwich zu candidiren gedenkt. — Die Civilverwaltungs-Anschläge für das Jahr 1878/79 einschließlich der Steuern, Post- und Telegraphenverwaltung betragen 22 810 975 Lstr. gegen 22 049 212 Lstr. im Vorjahre.

Dänemark.

Kopenhagen, 10. März. In Folge des gemeldeten Compromisses zwischen der gemäßigten Linken, welche die Majorität im Budgetausschusse bildet, und der Rechten des Folkethings liegen zur dritten Lesung des Budgets pro 1878/79 verschiedene Änderungsanträge seitens der Ausführmajorität vor, welchen zufolge der Regierung eine Reihe von Forderungen, die in zweiter Lesung vom Folkething abgelehnt worden sind, bewilligt werden soll. Es sollen u. A. folgende in zweiter Lesung abgelehnte Forderungen bewilligt werden: 168 000 Kronen für Torpedos (in zweiter Lesung waren nur 120 000 Kr. bewilligt), weitere 120 225 Kr. für den Ausbau der Kopenhagener Festungswerke nach der Seeseite, 513 000 Kr. für Hinterlabakanonen, 200 000 Kr. als erster Beitrag einer Summe von 2 Mill. Kr. zum Bau eines Torpedoschiffes oder ungepanzerten Kanonenbootes, 140 000 Kr. für Torpedo-Apparate, 50 000 Kr. für 10 Krupp'sche Kanonen, 250 000 Kr. zum Bau eines neuen Postdampfschiffes zwischen Kiel und Korsör und 150 000 Kr. zur Erweiterung des Hafens von Helsingör. Die gemäßigten Linke hat somit sehr wesentliche Concessionen gemacht.

Türkei.

* Ueber die Insurrection auf Kreta wird aus Canea, 25. Februar berichtet: Nachdem die Nationalversammlung von Kreta mit Decret vom 15. Februar alle Beziehungen zur Pforte für abgebrochen erklärt und sich unter den Schutz der Großmächte gestellt hat, welchen die Regelung der Angelegenheiten Kretas bei dem bevorstehenden Congresse empfohlen wurde, sind die Feindseligkeiten auf allen Punkten der Insel eröffnet worden. Ueberall, wo türkische Truppen-Abtheilungen concentrirt standen, wurde gefehert, bei Tagesanbruch wie auf ein verabredetes Zeichen von den gegenüber stehenden Insurgentenschaaren die griechische Fahne aufgehoht und nach Landesgebrauch mit den üblichen Gefeßsalben feierlich begrüßt. Vamos wurde von den Insurgenten vollständig eingeschlossen und die von dort nach Canea führende Straße von denselben besetzt. Das Fort Izidin wurde gleichfalls cernirt und die Garnison desselben so beunruhigt, daß Admiral Hussein Pascha drei Panzerschiffe entsenden mußte um die Cernirungsarbeiten der Insurgenten zu behindern. Das Geschützfeuer der Panzerschiffe war bis gegen Abends hier vernnehmbar.

Danzig, 15. März.

* Bei der Güter-Expedition des hiesigen Leegethor-bahnhofes sind im Monat Februar an Getreide angekommen: 20 748 916 kg. Weizen, 2 229 352 kg. Roggen, 2 620 259 kg. Gerste, 417 081 kg. Hafer, 291 727 kg. Erbsen, 37 289 kg. Lupinen, 29 400 kg. Rübsen. Verladen wurden durch dieselbe Güter-Expedition: 13 600 kg. Weizen, 30 670 kg. Roggen, 31 000 kg. Gerste, 14 400 kg. Hafer, 31 900 kg. Erbsen, 5100 kg. Weizen, 18 460 kg. Lupinen, 20 200 kg. Rübsen. Ferner gingen 83 914 kg. Spiritus ein und 2880 kg. wurden verladen. * Die am Montag in Br. Stargard ergriffene Persönlichkeit ist, wie uns heute mitgeteilt wird, ebenfalls nicht der gesuchte Raubmörder Nagel gewesen, sondern auch am selben Tage als ein Arbeiter Bernhardt dort erkannt und sofort wieder auf freien Fuß gesetzt worden.

* Außer den bereits in der gestrigen Abend-Ausgabe mitgetheilten beiden Anklagesachen verhandelte das hiesige Criminalgericht gestern abends eine Messer-affäre. Am 14. November v. J. waren die Arbeiter Albert Jaffe, Friedr. Julius Jaffe und Heinrich Alb. Drabheim in dem Hennischen Schankloale hieselbst mit dem Arbeiter Alb. Kummer in Streit gerathen. Nachdem sie in Folge dessen aus dem Locale entfernt waren, haben die beiden Jaffe dem Kummer vier Messerstücke (drei in den Kopf und einen in den Oberarm) verlegt. Der Gerichtshof erkannte, über die Anträge des Staatsanwalts hinausgehend, gegen Friedrich Julius Jaffe auf 2 Jahre, gegen Albert Jaffe auf 1½ Jahre Gefängnis. Drabheim, der sich ohne Messer-gebrauch an der Schlägerei betheiligt hatte, erhielt 14 Tage Gefängnis.

Königs, 13. März. Wie die „Kon. Ztg.“ mittheilt, wird hier zur Unterbringung des neuen Landgerichts ein neues größeres Gerichtsgebäude errichtet werden, über das der kgl. Hof hier anwesende Geh. Ministerialrath Starke bereits Bestimmung getroffen hat. Mit dem Bau soll noch in diesem Jahre begonnen und derselbe so beschleunigt werden, daß die Gebäude am 1. October 1879 in Gebrauch genommen werden können.

M. Graudenz, 13. März. Wie verlautet, wird am 17. d. M. der Commandeur des westpreuss. Feld-Artillerie-Regiments Nr. 16, Oberstleutnant Ostermeier aus Danzig, hier eintreffen, um an den folgenden Tagen die hier garnisontirende 2. Abtheilung des genannten Regiments zu inspiciere. Wegen der unter ihren Pferden herrschenden Rogkrankheit wird die hiesige Feld-Artillerie-Abtheilung in diesem Jahre nicht zur Schießübung nach Königsberg ausziehen; es sollen vielmehr nur die Rekruten per Bahn dorthin befördert und der Danziger Abtheilung zugeheilt werden.

Bericht des Magistrats über den Stand der Gemeinde-Angelegenheiten für das Geschäftsjahr 1877/78.

(Fortsetzung.)

Schulverwaltung.

Die drei höheren Lehranstalten, das Gymnasium und die Realschulen zu St. Petri und St. Johannis, haben in dem laufenden Geschäftsjahre eine bedeutende Steigerung der Zuschüsse zu ihren Einnahmen vornehmlich dadurch erforderlich gemacht, daß den Lehrern vom 1. October v. J. ab neben Erlaß der Pensionsbeiträge das volle Normalgehalt incl. der Wohnungsgelder bewilligt wurde. Wir hoffen, daß diese Maßregel dazu beitragen wird, dem für die gedeihliche Entwicklung der Schulen äußerst nachtheiligen Wechsel der Lehrkräfte Schranken zu setzen. Wir haben aber auch anerkennen müssen, daß es in der Billigkeit liegt, den seit einer langen Reihe von Jahren an unseren höheren Schulen arbeitenden Elementar Lehrern eine Aufbesserung ihres Gehaltes zu gewähren, und haben demnach in dem Schuletatsentwurf eine solche in Aussicht genommen. Damit sind aber die Mehrausgaben für die höheren Schulen nicht abgesehen, vielmehr erfordert das städtische Gymnasium, wie wir in einer besonderen Vorlage dargelegt haben, beträchtliche Opfer, wenn dem Bedürfnis nach Gymnasialbildung in unserer Stadt entsprochen werden soll. Eine Erweiterung wird ferner die mit der städtischen höheren Mädterschule verbundene Seminar-klasse, besonders in Bezug auf die pädagogisch praktische Ausbildung der Seminaristinnen erfahren müssen, und liegen unsere darauf bezüglichen Anträge der Stadtverordneten-Versammlung bereits zur Beschlußnahme vor.

Auf dem Gebiete des Volksschulwesens haben wir erfreuliche und wesentliche Fortschritte zu verzeichnen.

Das neue Schulhaus am Leegen Thor ist der Benutzung übergeben, das Schulgebäude auf Havelwerk geht seiner Vollendung entgegen, der Bau des Schulhauses in Langfuhr ist kräftig in Angriff genommen und der Bau einer Schulbaracke in Schidlich ist dergestalt vorbereitet, daß deren Errichtung im Laufe des Sommers erfolgen kann. Wir dürfen hoffen, daß vom 1. October v. J. ab es in keinem Theile unserer Stadt und deren Vorstädten an den erforderlichen, den Anforderungen des Unterrichts und der Schulhygiene entsprechenden Schulräumen fehlen wird.

Durch Vollendung des Baues der Schule am Leegen Thor ist es möglich geworden, die Schulsysteme der Rechrist und Vorstadt definitiv dahin zu ordnen, daß die Knaben beider Confectionen in der Schule auf dem Petri-Kirchhofe in 12 Klassen, die Mädchen am Leegen Thor in 7 Klassen und auf dem Johannis-Kirchhofe in 5 Klassen unterrichtet werden. Auch in der Altstadt und in der Vorstadt Langfuhr werden nach Fertigstellung der dort im Bau begriffenen Schulgebäude die Confectionsschulen beiseite gerückt werden können, so daß mit dem 1. October d. J. in dem ganzen Gebiete unserer Stadt nur Simultanschulen bestehen werden. Gestützt auf die bisher gemachten Erfahrungen dürfen wir es aussprechen, daß wir uns von der vollständigen Durchführung des Simultanschulwesens reichen Segen für unsere Schulen, ihre Lehrer und ihre Schüler versprechen können.

Wir begreifen die Aussicht, daß im nächsten Jahr die Reorganisation unseres Volksschulwesens, das über 16-jähriger planmäßiger und ununterbrochener Arbeit, zu einem wenigstens äußeren Abschluß gelangen wird, mit lebhafter Freude, und danken Ihnen, m. H., dafür, daß Sie stets bereit gewesen sind, die großen Geldmittel, welche hierzu in Anspruch genommen werden mußten, uns zur Disposition zu stellen. Aufgabe unserer Schulverwaltung aber wird es sein, dafür zu sorgen, daß in den so reorganisirten Schulen nun auch der Unterricht in der zweckmäßigsten, den Bedürfnissen der Bevölkerung entsprechenden Weise geordnet wird. War der Uebergang aus den einlässigen Elementarschulen, wie solche die Stadt Danzig früher allein kannte, zu dem vierstufigen System auch unlegbar ein großer Fortschritt, so find wir doch seit geraumer Zeit zu der Ueberzeugung gelangt, daß auch dies letztere dem Unterrichtsbedürfnis nicht mehr genügt, daß vielmehr wenigstens für die fleißigeren und fähigeren Kinder der Unterrichtsstoff erweitert und planmäßig auf mehr als vier Stufen vertheilt werden muß. Wir hoffen, daß die Schulverwaltung jetzt, wo alle äußeren Hindernisse beseitigt scheinen, der von uns gegebenen Anregung entsprechen und zu einer Revision und Umarbeitung des Unterrichtsplanes sich entschließen wird. Auch hier wird voraussichtlich nur schrittweise vorgegangen werden können; wie wünschenswerth es aber ist, daß der erste Schritt nicht länger als nothwendig verzögert wird, erbittet sehr deutlich aus der großen Zahl unserer Lehrer und ihrer Schüler.

Gegenwärtig werden in unsern Volksschulen resp. Mittelschulen 8791 Schüler und Schülerinnen von 102 Lehrern, 65 Lehrerinnen und 10 Handarbeitslehrerinnen in 22 Schulen mit zusammen 157 Klassen unterrichtet.

Rücksichtlich der Besoldung der Elementarlehrer haben wir uns nicht der Thatfache belassen können, daß die gegenwärtige Gehaltskala nachtheilig wirkt und daher einer Aenderung bedarf. Dieselbe war darauf berechnet und fand darin ihre Rechtfertigung, daß möglichst der großen Mehrzahl der Lehrer das Durchschnittsgehalt gewährt werden sollte. Nachdem sie aber eine Reihe von Jahren bestanden, ist nicht zu verkennen, daß sie in ihre Mittelschulen eingereichten Lehrer zu lange in diesen festhält, ihnen die Aussicht auf eine Verbesserung ihres Gehaltes in zu weite Ferne rückt und sie dadurch vielfach veranlaßt, sich nach den weitausgehenden Provinzen zu wenden, in denen ihnen, wenn schon oft nur scheinbar, bessere Gehaltsverhältnisse geboten werden. Wir haben unter diesen Umständen von einer Vermehrung der Lehrerstellen Abstand nehmen und dagegen eine geringe Vermehrung der Lehrerinnenstellen vorschlagen zu sollen geglaubt, es zugleich aber für notwendig erachtet, der Stadtverordneten-Versammlung eine anderweitige Abgrenzung der Gehaltsstufen in der Lehrerskala dringend zu empfehlen. Der hierfür in den Etat aufgenommene Mehrbedarf von 6450 Mk. wird es möglich machen, den dringendsten Ansprüchen auf eine Gehaltsverbesserung einer erheblichen Anzahl von Lehrern für die nächste Zeit gerecht zu werden.

In Bezug auf den Turnunterricht constatiren wir einen erfreulichen Aufschwung, welchen derselbe durch die Benutzung der neuen Turnhalle erfahren hat. Auch dem Mädchen-Turnen ist eine regere Theilnahme besonders von Seiten unserer höheren Töchterschule zugewendet worden.

Die reorganisirte Königl. Gewerbeschule hat sich in unserer Stadt als nicht lebensfähig erwiesen, wie dies auch seitens des Herrn Handelsministers anerkannt ist. Wegen der Aufhebung behalten wir uns vor, der Stadtverordneten-Versammlung besondere Vorschläge zu machen.

Polizei-Verwaltung.

Die sächlichen Kosten der Polizei-Verwaltung werden voraussichtlich die Etatsansätze nicht überschreiten, während die Einnahmen aus der Polizeiverwaltung ein Mehr von etwa 1500 Mk. ergeben werden. Dagegen haben wir außerordentlich für Zwecke der Polizei-Verwaltung größere Aufwendungen machen resp. in Aussicht nehmen müssen, indem die Instandsetzung der Wohnräume des Herrn Polizei-Präsidenten und die unbedingt notwendige Erweiterung des Polizeigefängnisses Ansprüche an uns erhebt. Zu letzterem Zwecke wurde das Grundstück Unterförmigengasse 19 angekauft, und sind zur Vornahme der notwendigen baulichen Veränderungen 12 000 Mk. aus dem Kapitalfonds bewilligt.

Für Strohdeich ist die Einrichtung eines neuen Revier-Commissariats von der Polizeibehörde für nöthig erachtet. Die sächlichen Kosten für das betreffende Bureau sind in den Entwurf des Etats der Polizei-Verwaltung mit 360 Mk. als Mehrausgabe aufgenommen worden.

Bei der Verwaltung der Straßenreinigung wird die Einnahme für Straßenmüll pro 1. April 1877/78 um ca. 1500 Mk. hinter dem Vorschlage zurückbleiben, da die Rekrutmassen in Folge der Verbesserung der Straßen und deren Canalisation sich erheblich vermindert haben.

Die Ausgaben für die Feuerwehr haben den Vorschlag nicht überschritten. Das Institut hat auch in diesem Jahre seinen Zweck vollkommen erfüllt.

Von größeren Brandschäden ist die Stadt verschont geblieben.

Bau-Verwaltung.

Die Ausgaben im Extraordinario der Bau-Verwaltung, welche mit Zustimmung der Stadtverordneten-Versammlung aus dem Kapital-Vermögen der Stadt bestritten werden, betrugen bis heute rund 223 100 Mk. Wir heben daraus folgende Positionen hervor:

1. Schulhaus auf Langgarten 7 700 Mk.
2. Neubau der Turnhalle 4 100 "
3. Neubau der alten Petruskirche, sowie Beschaffung von Utensilien 4 000 "
4. Umwandlung der Klawitter'schen Werkst. in Löth- und Ladeplätze 5 700 "
5. Bau einer Schule auf der Vorstadt am Leegen Thor und Beschaffung der Utensilien für dieselbe 27 900 "
6. Weitere Einrichtung von Bureauz in der alten Rathsapothek 15 500 "
7. Neupflasterungen 52 800 "
8. Neubau einer Elementarschule auf Hahelwerk 72 300 "
9. Neubau einer Schule in Langfuhr 30 300 "

Im Ordinario der Bau-Verwaltung sind erhebliche Abweichungen von den Etatssummen nur in soweit vorgekommen, als die betreffenden Mehrausgaben die Genehmigung der Versammlung gefunden haben.

Von diesen über den Etat hinaus bewilligten Crediten sind bis jetzt zur Verwendung gelangt:

1. Für Instandsetzung der Wohnräume im Polizeigebäude 2500 Mk.
2. Für die Hauptreparatur des Dampf-baggers 3000 "
3. Für Pflasterungen in Neufahrwasser 1100 "

Bei dem Titel für Unterhaltung des Pflasters in sämtlichen Straßen der Stadt ist gegen die Etatssumme eine Ueberschreitung von 2300 Mk. vorgekommen; dieser Mehrausgabe steht inbessenen eine Einnahme im Extraordinario für Wiederherstellung der Bürgersteige von Privaten im Betrage von 1870 Mk. gegenüber. Ebenso werden die für Trottoirarbeiten in der Stadt gegen den Etat mehr ausgegebenen 2500 Mk. durch die Mehreinnahmen an Trottoirbeiträgen gedeckt.

Für das neue Etatsjahr sind außer den Kosten für die Erweiterung des Polizei-Gefängnisses und den Barackenbau in Schidlitz in das Extraordinarium des Bau-Etats aufgenommen:

1. Zu Neupflasterungen 50 000 Mk.
2. Für den Schulhausbau in Langfuhr (2. Rate) 47 200 "
3. Für den Schulhausbau auf Hahelwerk (2. Rate) 55 000 "

Im Ordinario des Bau-Etats für 1878/79 sind angelegt:

In dem Concurs über das Vermögen des Kaufmanns Otto Hugo Glöck zu Danzig ist zur Anmeldung der Forderungen der Concursgläubiger noch eine zweite Frist bis zum 14. April 1878 einschließlich festgesetzt worden. Die Gläubiger, welche ihre Ansprüche noch nicht angemeldet haben, werden aufgefordert, dieselben, sie mögen bereits rechtsfähig sein oder nicht, mit dem dafür verlangten Vorrecht bis zu dem gedachten Tage bei uns schriftlich oder zu Protokoll anzumelden.

Der Termin zur Prüfung aller in der Zeit vom 25. Februar d. J. bis zum Ablauf der zweiten Frist angemeldeten Forderungen ist auf

den 26. April d. J.,

Vormittags 10 Uhr, vor dem Commissar Herrn Stadt- u. Kreis-Ger.-Rath Jorck im Terminszimmer No. 17 anberaumt, und werden zum Erscheinen in diesem Termin die sämtlichen Gläubiger aufgefordert, welche ihre Forderungen innerhalb einer der Fristen angemeldet haben.

Wer seine Anmeldung schriftlich einreicht, hat eine Abschrift derselben und ihrer Anlagen beizufügen.

Jeder Gläubiger, welcher nicht in unserm Amtsbezirk seinen Wohnsitz hat, muß bei der Anmeldung seiner Forderung einen am hiesigen Orte wohnhaften oder zur Praxis bei uns berechtigten auswärtigen Bevollmächtigten bestellen und zu den Acten anzeigen.

Wer dies unterläßt, kann einen Beschluß aus dem Grunde, weil er dazu nicht vorgeladen worden, nicht anfechten.

Denjenigen, welchen es hier an Bekanntmachung fehlt, werden die Rechtsanwältin und Justizräthe Breitenbach, Roepell und Martiny zu Sachwaltern vorgeschlagen.

Danzig, den 8. März 1878.

Königl. Stadt- u. Kreis-Gericht.

1. Abtheilung. (7110)

Aufgebot.

Dem Kaiserl. Jades-Boosten a. D. Heinrich Hieselbitt ist angehängt das Sparfassenbuch No. 1367 der Wilhelmshavener Sparcasse über 1200 Mark lautend, im November 1877 verloren gegangen. Es wird daher ein Jeder, der an diesem Buche ein Anrecht zu haben vermeint, hierdurch aufgefordert, sich bei dem unterzeichneten Gerichte und zwar spätestens in dem vor Herrn Stadt- und Kreisgerichtsrath Wismann im Terminszimmer No. 14

zum 18. Juni cr., 12 Uhr, anberaumten Termine zu melden und sein Anrecht näher nachzuweisen, widrigenfalls das Sparfassenbuch No. 1367 der Wilhelmshavener Sparcasse für erloschen erklärt und dem Verlierer ein neues an dessen Statt ausgestellt werden soll.

Danzig, den 7. März 1878.

Königliches Stadt- u. Kreis-Gericht.

1. Abtheilung. (7111)

Bekanntmachung.

In dem Concurs über das Vermögen des Kaufmanns Josef Loebing hier ist

festgesetzt auf den 2. November 1877 festgesetzte Tag der Zahlungseinstellung anderweit auf den 18. October 1877 festgesetzt worden.

Danzig, den 7. März 1878.

Königl. Stadt- und Kreis-Gericht.

Erste Abtheilung. (7138)

Nothwendige Subhastation.

Das d. m. Renier Johann Radtke gehörige, in Dirschau gelegene, im Hypothekenbuche sub Lit. D. No. 139 verzeichnete Grundstück soll

am 18. Mai 1878,

Vormittags 11 Uhr,

in Dirschau an Gerichtsstelle versteigert und das Urtheil über die Ertheilung des Zuschlags

am 16. Mai 1878,

Vormittags 11 Uhr,

in Dirschau an Gerichtsstelle verkündet werden.

Es beträgt das Gesamtmaß der der Grundsteuer unterliegenden Flächen des Grundstücks 29 Ar 90 □ Meter und der Nutzungswert, nach welchem das Grundstück zur Gebäudesteuer veranlagt worden: 1410 M.

Der das Grundstück betreffende Auszug aus der Steuerrolle, Hypothekenschein können in unserem Geschäftslokale Bureau II. eingesehen werden.

Alle diejenigen, welche Eigenthum oder anderweit, zur Befriedigung gegen Dritte der Eintragung in das Hypothekenbuch bedürftig, aber nicht eingetragene Rechte geltend zu machen haben, werden hierdurch aufgefordert, dieselben zur Vermeidung der Präclusion spätestens im Versteigerungs-Termin anzumelden.

Dirschau, den 11. März 1878.

Königl. Kreis-Gerichts-Commission.

Der Subhastations-Commissar.

Concurs-Eröffnung.

Königl. Kreis-Gericht zu

Elbing,

1. Abtheilung,

den 6. März 1878, Mittags 1 Uhr.

Ueber das Privat-Vermögen des Fabrikanten Richard Traugott Barthels, zugleich Mitinhabers der Papier-Fabrik S. T. Barthels hieselbst, ist der kaufmännische Concurs eröffnet und der Tag der Zahlungseinstellung auf den 2. März c. festgesetzt.

Zum einstweiligen Verwalter der Masse ist der Kaufmann Silber hier bestellt.

Die Gläubiger des Gemeinschuldners werden aufgefordert in dem auf

den 20. März d. J.,

Vormittags 11 Uhr,

in dem Verhandlungszimmer No. 10 des Gerichtsgebäudes vor dem gerichtlichen Commissar Herrn Kreis-Richter Bischoff anberaumten Termine ihre Erklärungen und Vorschläge über die Vertheilung dieses Vermögens oder die Bestellung eines andern einstweiligen Verwalters sowie darüber abzugeben, ob ein ein-

seitiger Verwaltungsrath zu bestellen und welche Personen in denselben zu berufen seien.

Allen, welche von dem Gemeinschuldner etwas an Geld, Papieren oder anderen Sachen in Besitz oder Gewahrsam haben, oder welche ihm etwas verschuldet, wird aufgeboten, nichts an denselben zu verabsorgen oder zu zahlen, vielmehr von dem Besitze der Gegenstände bis zum 4. April 1878 einschließlich dem Gerichte oder dem Verwalter der Masse Anzeige zu machen und Alles, mit Vorbehalt ihrer etwaigen Rechte, ebendort zur Concurs-Masse abzuliefern.

Pfandhaber oder andere mit denselben gleichberechtigte Gläubiger des Gemeinschuldners haben von den in ihrem Besitz befindlichen Pfandstücken und Anzeige zu machen.

In dem Concurs über das Vermögen des Kaufmanns F. D. Noehl zu Dirschau werden alle diejenigen, welche an die Masse Ansprüche als Concursgläubiger machen wollen, hierdurch aufgefordert, ihre Ansprüche, dieselben mögen bereits rechtsfähig sein oder nicht, mit dem dafür verlangten Vorrecht bis zum 25. April 1878 einschließlich bei uns schriftlich oder zu Protokoll anzumelden und demnach zur Prüfung der sämtlichen innerhalb der gedachten Frist angemeldeten Forderungen, sowie nach Befinden zur Bestellung des definitiven Verwaltungspersonals auf

den 29. April 1878,

Vormittags 11 Uhr,

vor dem Commissar Herrn Kreisrichter Hingz im Verhandlungszimmer No. 1 des Gerichtsgebäudes zu erscheinen.

Nach Abhaltung dieses Termins wird geeignetenfalls mit der Verhandlung über den Alford verfahren werden.

Wer seine Anmeldung schriftlich einreicht, hat eine Abschrift derselben und ihrer Anlagen beizufügen.

Jeder Gläubiger, welcher nicht in unserm Amtsbezirk seinen Wohnsitz hat, muß bei der Anmeldung seiner Forderung einen am hiesigen Orte wohnhaften oder zur Praxis bei uns berechtigten Bevollmächtigten bestellen und zu den Acten anzeigen.

Wer dies unterläßt, kann einen Beschluß aus dem Grunde, weil er dazu nicht vorgeladen worden, nicht anfechten.

Denjenigen, welchen es hier an Bekanntmachung fehlt, werden die Rechtsanwältin, Holzer-Egger und Rosenheim hier zu Sachwaltern vorgeschlagen.

Pr. Stargard, den 6. März 1878.

Königliches Kreisgericht.

1. Abtheilung. (6636)

In dem Concurs über das Vermögen des Materialwaarenhändlers Simon Nantenberg zu Lautenburg werden alle diejenigen, welche an die Masse Ansprüche als Concursgläubiger machen wollen, hierdurch aufgefordert, ihre Ansprüche, dieselben mögen bereits rechtsfähig sein oder nicht, mit dem dafür verlangten Vorrecht bis zum

4. April 1878

einschließlich bei uns schriftlich oder zu Protokoll anzumelden und demnach zur Prüfung der sämtlichen innerhalb der gedachten Frist angemeldeten Forderungen, so-

1. Zur Erneuerung der Fenster des Artushofes in Sandstein 6 000 Mk.
2. Zum Neubau der großen Ramm-daubmühle 6 000 "
3. Zur Umwandlung der Fischbrücke in ein Pfahlbohrwerk 4 000 "
4. Zur Erneuerung eines Theils der Kiebwand 13 000 "
5. Zur Pflasterung des Brösener Weges in Neufahrwasser (1. Rate) 3 750 "
6. Zur Erneuerung der rechtsseitigen Wand der Schleusen in Braust 3 200 "
7. Zur Erneuerung der Fahrbrücke über den Bleihofscanal 2 100 "
8. Zur Umdeckung des Daches der Mittelschule in Neufahrwasser in Schiefer (2. Rate) 2 500 "

Das Ordinarium des Bauetats-Entwurfes weist in der Gesamtsumme gegen das Vorjahr eine Mindeerausgabe von 2200 Mk. nach.

Armen-Verwaltung.

Bei der Armen-Verwaltung sind in vielen Fällen die uns durch den Etat bewilligten Ausgabesummen überschritten worden. Von den erheblichsten dieser Ueberschreitungen, den Mehrausgaben bei der Lazarethverwaltung, ist der Stadtverordneten-Versammlung bereits ausführliche Mittheilung gemacht worden; wir hoffen, daß einzelne dieser Mehrausgaben sich durch Ersparnisse bei andern Titeln begleichen werden.

Bei der Allgemeinen Armen-Verwaltung, werden sowohl bei Tit. I. „an monatlichen und jährlichen Unterstützungen“, als auch bei Tit. III. „an einmaligen Unterstützungen der Armen“, ebenso bei Tit. VI. „an Arznei- und Arzt-Kosten“ die etatsmäßigen Ausgabesummen nicht ausreichen, und müssen wir bei diesen Titeln auf eine Mehrausgabe von ca. 9000 Mk. über den Etat rechnen.

An Kurkosten, welche wir auswärtigen Armen-Verbänden erstatten müssen, haben wir jetzt schon rund 2000 Mk. mehr ausgegeben, als der Etat pro 1877/78 auswirft. So bedauerlich diese Ueberschreitungen an sich auch sind, so erscheinen sie doch im Hinblick auf die schwere Krise, welche im Allgemeinen noch auf dem wirtschaftlichen Leben aller Staaten lastet, und insbesondere in Ermägung des Umstandes, daß sie zum Theil durch den Zuwachs an Armen in den neu incommunalisirten Gebieten notwendig geworden sind, nicht so erheblich, um besonders ungünstige Rückschlüsse auf die Verhältnisse namentlich der arbeitenden Klassen in unserer Stadt zu gestatten.

Die Einnahmen vom Arbeitshause werden anscheinend die Ansätze des Etats erreichen, da die Mehrausgaben bei einzelnen Titeln sich durch Ersparnisse bei anderen Titeln ausgleichen werden.

(Schluß folgt.)

Vermischtes.

Hamburg. Dem „Hann. C.“ wird von hier geschrieben: Das in voriger Woche abgehaltene Ein-jährigfreiwilligen-Examen hat einen recht ungünstigen Eindruck gemacht, indem von 43 Examinanden nur acht bestanden. Es ist die Zeit vorüber, wo man durch das Examen „gepreßt“ werden konnte.

* Aus Bagdad wird der „Temesv. Btg.“ geschrieben, daß, seitdem die Donau eisfrei ist, daselbst zahlreiche Fahrzeuge ankommen, beladen mit einer Un-

masse von Knochen, die von den Kriegsschiffen an Land aufgefahret wurden und nach den Spodumfabriken verfrachtet werden. Diese Knochen-sendungen, welche in ungeheuren Quantitäten anlangen, sind wohl als Weideknochen declarirt, allein ein einziger Blick auf dieselben läßt deutlich erkennen, daß sich auch zahlreiche menschliche Ueberreste, ja mitunter nur wenig beschädigte menschliche Skelette unter denselben befinden. Wie man uns meldet, geschieht die Exacuation auf den türkischen Schlachtfeldern in der Weise, daß den Unternehmern gestattet ist, sich durch diesen en gros betriebenen Knochenverkauf schädlos zu halten, und so nehmen sie denn viele Meile aus den großen mit Kalk überworfenen Gräben, in welche die Reste der gefallenen Menschen und Pferde geworfen wurden und schiden dieselben nach den Spodumfabriken, für welche großartige Lieferungen abgeschlossen wurden.

Anmeldungen beim Danziger Standesamt.

14. März.

Geburten: Arb. Alb. Bidowski, S. — Handels-factor Job. Christian Julius Fiehm, T. — Schmied Jul. Herm. Wartsch, T. — Hauszimmermann Herm. Rob. Weber, T. — Arb. Joh. Aug. Scharping, S. — Arb. Eduard Gierschinski, T. — Verwitwete Maler Bid. Bertha, geb. Nowaki, T. — Arb. Ferdinand Kauter, S. — Buchbinder Aug. Ferdin. Abramowski, S. — Kaufm. Bernh. Ferdin. Herm. Dreiwis, S. — Landes-Bau-Inspector Carl Herm. Wendt, S. — Schneidermstr. Johannes Eduard Orfch, S. — Klempner Martin Mich. Branski, S. — 1 unebel. T. Aufgebote: Kaufmann Carl August v. Roy und Caroline Marie Charlotte Hertel. — Kaufmann Carl Lichtenfeld und Amalie Goldstein. — Arbeiter Eduard Robert Demski und Charlotte Florentine Böttcher. — Tischler Albert Schwarz in Dorf Orichen und Ernestine Schulz daselbst.

Heirathen: Commis Eduard Richard Stelter und Elisabeth Piepenborn.

Todesfälle: S. b. Heizers Carl Plewe, 2 J. — S. b. Buchalters Julius Carl Fietkau, 2 M. — S. b. Arbeiter-Witwe Henriette Klawinski geb. Bergien, 1 M. — T. d. Kaufmanns Peter Frießen, 2 M. — Arbeiter Adam Zachaschewski, 59 J. — S. b. Kutschers Mich. Slupkowski, 3 J. — 1 unebel. T.

Schiffs-Liste.

Neufahrwasser 14. März. Wind: NW. Ankommen: Mobongo, Behrson, Kopenhagen, Ballast. — Activ, Claussen, Rendsburg, Ballast (nach Memel bestimmt).

Nichts in Sicht.

Börsen-Depeschen der Danziger Zeitung.

Berlin, 14. März.

Waren	Preis	Waren	Preis	Waren	Preis
Weizen gelber	105,10	Gerst. 4/5	84,20	Hafer 4/5	84,20
April-Mai	105,10	Gerst. 3/4	84,20	Hafer 3/4	84,20
April-Mai	105,10	Gerst. 2/4	84,20	Hafer 2/4	84,20
April-Mai	105,10	Gerst. 1/4	84,20	Hafer 1/4	84,20
April-Mai	105,10	Gerst. 1/5	84,20	Hafer 1/5	84,20
April-Mai	105,10	Gerst. 1/6	84,20	Hafer 1/6	84,20
April-Mai	105,10	Gerst. 1/7	84,20	Hafer 1/7	84,20
April-Mai	105,10	Gerst. 1/8	84,20	Hafer 1/8	84,20
April-Mai	105,10	Gerst. 1/9	84,20	Hafer 1/9	84,20
April-Mai	105,10	Gerst. 1/10	84,20	Hafer 1/10	84,20

Bekanntmachung.

Zufolge Verfügung von heute ist in unser Firmen-Register sub No. 200 eingetragen, daß die Firma Wilhelm Kowall zu Cullm erloschen ist.

Cullm, den 9. März 1878.

Kgl. Kreis-Gericht.

1. Abtheilung. (7018)

Bekanntmachung.

In dem Concurs über das Vermögen des Kaufmanns Oscar Lufomski ist durch Beschluß vom 1. März d. J. der bisherige Verwalter Kreisrichter Hagen zum definitiven Verwalter ernannt worden.

St. n. m., den 4. März 1878.

Kgl. Kreis-Gerichts-Deputation.

Unterricht in einf. u. ital.

Buchführung für verschied. Waaren-

Branchen, für Holz-,

Getreide- u. Bankbranche mit Zinsberechnung

im Conto-Corrent u. an den Fonds, ertheilt

M. Hertel, Pfefferstadt 51, parterre.

Die Dentler'sche Bibliothek

3. Damm 13

fortdauernd mit den neuesten Werken ver-

sehen empfiehlt sich dem geehrten Publicum

zu zahlreichem Abonnement.

Musikalienhandlung & Leihanstalt

von Marta Knauth,

Danzig, Langgasse 67, Eingang von der

Vordammengasse.

Mein reichhaltiges, neuestes, illustriertes

Preis-Verzeichniß

über Gemüse- und Blumenamen, Rosen,

Stauden, Gladiolen, Leuchtpflanzen,

Stauden, Heubehen, Palmen, Decorations-

und Topfpflanzen aller Art, Arrangements

abgeschmittener Blumen u. s. f. Liebhabern

gratis zu Diensten, und hält sich zur Ab-

nahme der darin mit niedriger Preisnotierung

versehener Artikel, von vorzüglicher Be-

schaffenheit, bestens empfohlen

Die Gärtnerei und Samenhandlung

von

A. Bauer,

Danzig, Langgarten No. 38. (6754)

Guter Nebenbedienst

wird Personen, die eine ausgebildete Be-

kannenschaft haben, nachgewiesen unter 7135

in der Exp. d. Btg.

Erfahrene Kinderfrauen fürs Land empfiehlt

J. Dan, Del. Geifig, 27.

Erfahrene Köchinnen u. einfache Mädchen

mit g. Attesten empf. J. Dan, Del. G.

Dominiun Al. Watkowi

bei Nikolaiken sucht einen

Leben zum 1. April.

10 451, 10 615, 10 831,

kauft zurück die Expedition.

